



Antragsteller: DIE LINKE

Antragsdatum:
13. November 2017

Beratungsfolge:	Datum		Datum
☐ Dienstberatung Rathausspitze		☐ Umwelt	
☐ Haushalt und Finanzen		☒ Hauptausschuss	22.11.2017
☐ Recht, Sicherheit, Ordnung und Petitionen		☒ Stadtverordnetenversammlung	29.11.2017
☐ Wirtschaft, Bau und Verkehr		☐ Ortsbeiräte/Ortsbeirat	
☐ Bildung, Schule, Sport u. Kultur		☐ JHA	
☐ Soziales, Gleichst. u. Rechte d. Minderh.			

Antragsgegenstand:

Prüfung der Möglichkeit der außerschulischen Betreuung von Kindern mit dem Förderschwerpunkt geistige Behinderung, die älter als 12 Jahre sind

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob in Anlehnung an die Verfahrensweise in Potsdam ein Weg gefunden werden kann, Kinder mit dem Förderschwerpunkt geistige Behinderung die älter als 12 Jahre sind, nach dem Unterricht und an unterrichtsfreien Tagen bzw. in der Ferienzeit so zu betreuen, dass Eltern berufstätig sein können.

André Kaun

Beschlussniederschrift:

Gremium: ☐ HA ☐ StVV

- ☐ einstimmig ☐ mit Stimmenmehrheit
☐ laut Antragsvorschlag
☐ mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Tagung am: TOP:

Anzahl der **Ja**-Stimmen:

Anzahl der **Nein**-Stimmen:

Anzahl der **Stimmenthaltungen**

Begründung:

Bis zum 12. Lebensjahr können alle Kinder, deren Eltern es wünschen, nach dem Unterricht und in unterrichtsfreien Zeiten in Horten betreut werden.

Auch für Kinder mit dem Förderschwerpunkt geistige Behinderung ist diese zeitliche Begrenzung gesetzt. Diese Kinder können aber i.d.R. nicht allein die Zeit verbringen, in der ihre Eltern noch arbeiten.

Selbst organisierte Möglichkeiten der notwendigen Betreuung belasten betroffene Eltern in unzumutbarer Weise. (siehe Anlage: Schreiben betroffener Eltern an alle Fraktionen vom 25.09.2017)

Die Stadt Potsdam hat einen Weg gefunden die offensichtliche Lücke in der Bundesgesetzgebung im Sinne der Kinder und Eltern zu überbrücken.

Mit Blick auf den in Erarbeitung befindlichen Teilhabeplan sollte auch in unserer Stadt ein Weg gefunden werden, diese Kinder ausreichend zu betreuen und Eltern berufliche Teilhabe zu ermöglichen.